



Quelle: Parlamentsdienste 3003 Bern

**Sessionsvorschau
Sommer 2019**

Kontakt

Für weiterführende Informationen stehen Ihnen der Präsident, die Dossierverantwortlichen und die Kommunikationsverantwortliche jederzeit sehr gerne zur Verfügung.

Zögern Sie nicht, uns zu kontaktieren:



Präsident

Adrian Wüthrich
Tel. 031 370 21 17
Mobile 079 287 04 93
wuehtrich@travailsuisse.ch



Sozialpolitik

Dr. Thomas Bauer
Tel. 031 370 21 11
Mobile 077 421 60 04
bauer@travailsuisse.ch



Migrationspolitik und Rechtsfragen

Hélène Agbémégnah
Tel. 031 370 21 73
Mobile 078 760 93 73
agbemegnah@travailsuisse.ch



Umwelt-, Steuer- und Aussenpolitik

Denis Torche
Tel. 031 370 21 16
Mobile 079 846 35 19
torche@travailsuisse.ch



Gleichstellungspolitik

Valérie Borioli Sandoz
Tel. 031 370 21 47
Mobile 079 598 06 37
borioli@travailsuisse.ch



Bildungspolitik

Bruno Weber-Gobet
Tel. 031 370 21 01
Mobile 079 348 71 67
weber@travailsuisse.ch



Wirtschaftspolitik

Gabriel Fischer
Tel. 031 370 21 11
Mobile 076 412 30 53
fischer@travailsuisse.ch



Kommunikation

Linda Rosenkranz
Tel. 031 370 21 18
Mobile 079 743 50 47
rosenkranz@travailsuisse.ch

Nationalrat

Erste Woche

- 3.6. Geschäft des Bundesrates. OR. Schutz bei Meldung von Unregelmässigkeiten am Arbeitsplatz (13.094)..... → Nein 3
- 4.6. Strategisches Entwicklungsprogramm Eisenbahninfrastruktur. Ausbauschnitt 2035 (18.078) → Ja 3
- 4.6. Mo. Ständerat (KVF-S). Kooperationsmodell anstelle der Öffnung des internationalen Schienenpersonenverkehrs (18.4105)..... → Ja 3
- 5.6. Po. WBK-N. Strategie zur Stärkung der Frühen Förderung (19.3417)..... → Ja 4
- 5.6. Mo. Fraktion BD. Endlich gleich lange Spiesse für über 50-Jährige (17.3325) → Nein 4

Zweite Woche

- 11.6. Kt. Iv. GR. Aufstockung des Grenzwachtkorps (17.318) und Kt. Iv. VS. Aufstockung des Grenzwachtkorps (18.307) → Ja 4
- 11.6. Kt. Iv. GE. Befähigung der Kantone zur Umsetzung der Gleichstellung von Mann und Frau (18.313) → Ja 4
- 12.6. Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen. Totalrevision (17.019) (Differenzen) → siehe Details 5
- 13.6. Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt. Volksinitiative (17.060) → siehe Details 5

Dritte Woche

- 19.6. Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und der Türkei sowie Landwirtschaftsabkommen zwischen der Schweiz und der Türkei. Genehmigung (18.090)..... → Nein 5
- 19.6.¹ Po. Carobbio Guscetti. Temporär- und Leiharbeit. Gegenwärtige Situation und gesetzlicher Rahmen und Entwicklungen (17.3563) → Ja 5
- 20.6. Mo. WBK-NR. Impulsprogramm zur Verbreitung innovativer Digitalisierungsprojekte im Bildungsbereich (19.3009) → Ja 6
- 20.6. Mo. WBK-NR. Massnahmen zur Verringerung der sozialen Selektivität (19.3418) → Ja 6
- 20.6. Mo. WAK-S. Zusatzverhandlungen zum institutionellen Abkommen mit der EU (19.3420)..... → Ja 6
- 21.6. Pa. Iv. Bulliard. Pflegende Angehörige sollen in jedem Fall von anerkannter Hilflosigkeit ein Anrecht auf Betreuungsgutschriften haben (15.424) → Ja 6

¹ Parlamentarische Vorstösse aus dem WBF.

Ständerat

Erste Woche

- 5.6. Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen. Totalrevision (17.019) → siehe Details **7**

Zweite Woche

- 12.6. Bundesgesetz über die Beiträge an die Kosten der Kantone für die Kontrolle der Einhaltung der Stellenmeldepflicht (19.024) → Ja **7**
- 13.6. Geschäft des Bundesrates. Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten (18.050) → siehe Details **7**
- 13.6. Bestand des Bundespersonals auf dem Stand von 2015 einfrieren. Bericht des Bundesrates zur Abschreibung der Motion 15.3494 (FK-SR) (18.032) → Nein **8**
- 13.6. Mo. FK. Personalausgaben der Bundesverwaltung mittels Digitalisierung und Effizienzgewinnen im Griff behalten (18.4090) → Nein **8**
- 14.6. Mo. Regazzi. Zemis-Datenbank. Verbesserte Kontrollen dank Fehlerbehebung (18.3758) → Ja **8**
- 14.6. Mo. WAK-S. Zusatzverhandlungen zum institutionellen Abkommen mit der EU (19.3416) → Ja **8**

Dritte Woche

- 17.6. Mo. Vonlanthen. Weiterbildungsfonds auf Branchenebene (18.3933) → Ja **9**
- 17.6. Mo. Bruderer. Keine Ausgrenzung der IV-Stellensuchenden beim Inländervorrang (Umsetzung MEI), (19.3239) → Ja **9**
- 17.6. Po. Zanetti. Seco-Stressmonitoring aktualisieren (19.3227) → Ja **9**
- 20.6. Volksinitiative. Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub - zum Nutzen der ganzen Familie (18.052) und Pa.lv. SGK-S. Indirekter Gegenentwurf zur Vaterschaftsurlaubs-Initiative (18.441) und Pa.lv. Caroni. Pa.lv. Caroni. Vaterschaftsurlaub. Do it yourself! (18.444) → siehe Details **10**

Nationalrat

Montag, 3. Juni 2019

Geschäft des Bundesrates. OR. Schutz bei Meldung von Unregelmässigkeiten am Arbeitsplatz

(13.094): Der Bundesrat hat einen Entwurf für eine Teilrevision des Obligationenrechts eingereicht, um Whistleblower bei einer Meldung von Unregelmässigkeiten am Arbeitsplatz zu schützen. 2015 hatte das Parlament eine Vereinfachung des ursprünglichen Entwurfs verlangt. Allerdings ist die aktuelle Vorlage noch immer zu komplex und bietet den Arbeitnehmenden, die nach einer solchen Meldung dem Risiko einer Kündigung ausgesetzt sind, keinen ausreichenden Schutz. Die Kaskadenlösung, die eine Information der Öffentlichkeit nur unter sehr eingeschränkten Bedingungen zulässt, würde die Möglichkeiten der Arbeitnehmenden, sich bei einer Gewerkschaft zu informieren, beschneiden. Diese Hilfe ist aber essenziell, um die verschiedenen Auflagen und gewisse unbestimmte Rechtsbegriffe zu verstehen. Travail.Suisse empfiehlt – wie die Mehrheit der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates – diese Vorlage zur Ablehnung. Denn es ist notwendig, dass die anwendbaren Grundsätze und Verfahren in Bezug auf die Meldung verständlich sind und den betreffenden Personen eine gewisse Rechtssicherheit garantieren.

→ Travail.Suisse empfiehlt die Ablehnung dieser Vorlage.

Dienstag, 4. Juni 2019

Strategisches Entwicklungsprogramm Eisenbahninfrastruktur. Ausbauschnitt 2035 (18.078):

Der Bundesrat will die Eisenbahninfrastruktur bis 2035 für 11,9 Milliarden Franken ausbauen, um der stark steigenden Nachfrage gerecht zu werden. Dies würde in erster Linie eine Erhöhung des Taktes umfassen sowie den Ausbau bestimmter Bahnhöfe und des Güterverkehrs auf der Schiene. Der Ständerat hat beschlossen, eine weitere Milliarde in die Bahn zu investieren, indem eine Direktverbindung zwischen Neuenburg und La Chaux-de-Fonds gebaut wird. Er hat sich auch für die Projekte Durchgangsbahnhof Luzern und Herzstück Basel ausgesprochen. Die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Nationalrates unterstützt die vom Ständerat eingebrachten Zusätze. Mehr Investitionen in die Bahninfrastruktur zu tätigen, ist eine sehr wichtige Entscheidung – auch im Hinblick auf die Beschränkung der Strassenverkehrsentwicklung zur Senkung der Treibhausgasemissionen.

→ Travail.Suisse empfiehlt dem Nationalrat, dem Ständerat für dieses strategische Entwicklungsprogramm der Eisenbahninfrastruktur zu folgen.

Mo. Ständerat (KVF-S). Kooperationsmodell anstelle der Öffnung des internationalen Schienenpersonenverkehrs (18.4105):

Der Bundesrat darf eine allfällige Öffnung des Marktes für den internationalen Schienenpersonenverkehr nicht in eigener Kompetenz beschliessen. Travail.Suisse befürchtet wie die KVF-S, dass sich die Liberalisierung des internationalen Schienenpersonenverkehrs nicht mit dem schweizerischen System des öffentlichen Verkehrs vereinbaren liesse, insbesondere in Bezug auf die Bestimmungen zum Schutz der Arbeitnehmenden. Travail.Suisse glaubt auch nicht, dass eine solche Öffnung die Qualität des Angebots verbessern würde.

→ Travail.Suisse empfiehlt die Annahme dieser Motion.

Mittwoch, 5. Juni 2019

Po. WBK-N. Strategie zur Stärkung der Frühen Förderung (19.3417): Mit dem Postulat soll der Bundesrat eine Strategie zur Stärkung und Weiterentwicklung der Frühen Förderung von Kindern in der Schweiz entwickeln. Das Thema der frühen Förderung wird von der Politik bislang zu wenig ernst genommen. Dabei sind Investitionen in diesem Bereich aus volkswirtschaftlicher Sicht sinnvoll und wichtig für die Chancengerechtigkeit. Was in den ersten drei Lebensjahren geschieht, hat wesentlichen Einfluss auf die spätere Bildung und das Leben eines Menschen. Dabei ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Eltern zu erleichtern, womit ein Beitrag gegen den Fachkräftemangel ermöglicht wird. Travail.Suisse fordert einen Aktionsplan, um den Rückstand in der Vereinbarkeit aufzuholen (zum Aktionsplan: <https://bit.ly/2YIVFUO>). Die geforderte Strategie kann dafür der Start darstellen.

→ Travail.Suisse empfiehlt dieses Postulat zur Annahme.

Mo. Fraktion BD. Endlich gleich lange Spiesse für über 50-Jährige (17.3325): Die Motion will gleiche Pensionskassenbeiträge (BVG-Altersgutschriften) unabhängig des Alters eines Arbeitnehmenden einführen. Travail.Suisse hat die Forderung eingehend geprüft und erachtet den Vorschlag als nicht zielführend. Die Herausforderungen der älteren Arbeitnehmenden lassen sich nicht auf die höheren BVG-Beiträge reduzieren. An der nationalen Konferenz zum Thema ältere Arbeitnehmende hat Travail.Suisse diese Massnahme nicht unterstützt. Eine Änderung würde eine Übergangsgeneration von rund 40 Jahren bringen und zu Unklarheiten in einem bereits komplexen System führen. Zudem besteht ein Zielkonflikt zum Erhalt der Rentenhöhe. Müssen die Beiträge gleichmässig aufs Erwerbsleben verteilt werden, wird die jüngere Generation – oft mit Kosten für die Familie besonders belastet – mehr bezahlen. Zudem ist es immer noch normal, dass die Löhne mit zunehmendem Alter steigen. Werden in diesem Zeitpunkt die Beiträge gekürzt, gefährdet dies die Höhe der Renten. Der Bundesrat hat am 15. Mai 2019 in Absprache mit den Sozialpartnern (u.a. Travail.Suisse) konkrete Massnahmen beschlossen, um die Situation der älteren Arbeitnehmenden auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern.

→ Travail.Suisse empfiehlt diese Motion zur Ablehnung.

Dienstag, 11. Juni 2019

Kt. Iv. GR. Aufstockung des Grenzwachtkorps (17.318) und Kt. Iv. VS. Aufstockung des Grenzwachtkorps (18.307): In den grenznahen Regionen der Schweiz bleibt die Aufstockung des Grenzwachtkorps ein aktuelles Thema. Es werden mehr Personal sowie eine modernere Ausrüstung verlangt. Der Schutz unserer Grenzen ist von grundlegender Bedeutung und die Grenzwächter haben einen Anspruch auf Arbeitsbedingungen und einen Personalbestand, die es ihnen ermöglichen, effizient zu arbeiten. Dass der Bestand aufgestockt werden muss, ist erwiesen. An der letzten Wintersession hat das Parlament grünes Licht für die Schaffung von zusätzlichen 44 Vollzeitstellen für das Grenzwachtkorps gegeben. Der Bundesrat muss die Entscheidungen des Parlaments umsetzen, und zwar so, dass die Bestandsaufstockung zeitnah erfolgt und nicht intern kompensiert wird. Daher dürfen diese Initiativen noch nicht abgeschrieben werden, wie dies der Ständerat gemacht hat.

→ Travail.Suisse empfiehlt die Annahme dieser beiden Standesinitiativen.

Kt. Iv. GE. Befähigung der Kantone zur Umsetzung der Gleichstellung von Mann und Frau (18.313): Die im Mai 2018 eingereichte Genfer Standesinitiative verlangt, dass der Bund den Kantonen die Befugnisse überträgt, damit sie die Einhaltung des Grundsatzes der Gleichstellung von Mann und Frau, namentlich punkto Lohn, überprüfen können. In der Zwischenzeit wurde das GIG vom Parlament revidiert. Allerdings tangiert diese Revision 99,1 % der Unternehmen und 54 % der Arbeitnehmenden nicht. Ausserdem verfügt das revidierte Gesetz noch immer weder über offizielle Kontrollmechanismen noch über Sanktionsmöglichkeiten bei Widerhandlungen. Der Wille der Kantone, zu handeln, ist verständlich, legitim und muss unterstützt werden.

→ Travail.Suisse empfiehlt, die Genfer Standesinitiative anzunehmen.

Mittwoch, 12. Juni 2019

Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen. Totalrevision (17.019)

(Differenzen, das Gesetz wurde am 5. Juni 2019 im Ständerat behandelt)

Donnerstag, 13. Juni 2019

Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt. Volksinitiative (17.060) und OR. Aktienrecht (16.077):

Travail.Suisse hatte es sehr bedauert, dass der Ständerat sich weigerte, den vernünftigen Gegenentwurf anzunehmen, den der Nationalrat verabschiedet hatte. Es ist äusserst wichtig, dass Menschen, die von einer Tochtergesellschaft eines multinationalen Unternehmens geschädigt werden, auch in der Schweiz den Rechtsweg einschlagen können. Wenn sie zuerst beweisen müssen, dass eine rechtsstaatliche Behandlung einer im Ausland eingereichten Klage unmöglich ist, verliert der Gegenentwurf einen grossen Teil seiner Substanz. In der Bevölkerung geniesst die Initiative bereits grossen Rückhalt, sodass sie bei einer Abstimmung gute Chancen hat, angenommen zu werden. Daher wäre es sinnvoll, wenn das Parlament einen vernünftigen Gegenvorschlag verabschieden würde.

→ Travail.Suisse empfiehlt, die Initiative anzunehmen, bzw. den indirekten Gegenvorschlag zur Initiative gemäss Beschluss des Nationalrats vom 14. Juni 2018 definitiv zu verabschieden.

Mittwoch, 19. Juni 2019

Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und der Türkei sowie Landwirtschaftsabkommen zwischen der Schweiz und der Türkei. Genehmigung (18.090):

Die Menschenrechtssituation in der Türkei ist kritisch. Das Schicksal von Hunderttausenden von willkürlich entlassenen Menschen – darunter viele Gewerkschafter – ist äusserst ungewiss. Ausserdem dauert der Konflikt im Südosten des Landes an und das türkische Militär interveniert in Syrien. Travail.Suisse ist daher der Ansicht, dass dieses Abkommen sistiert werden muss, bis echte Fortschritte sichtbar sind. Künftig muss es in den Freihandelsabkommen (FHA) möglich sein, dass Menschenrechte und Umwelt Gegenstand von Schiedsverfahren sein können, damit sie den kommerziellen Aspekten gleichgestellt sind.

→ Travail.Suisse empfiehlt, der Minderheit zu folgen, welche die Rückweisung der Vorlage an den Bundesrat vorschlägt und diesen beauftragt, die Vorlage erst wieder ins Parlament zu bringen, wenn sich die Menschenrechtssituation in der Türkei beträchtlich verbessert hat.

Mittwoch, 19. Juni 2019 / Parlamentarische Vorstösse aus dem WBF

Po. Carobbio Guscetti. Temporär- und Leiharbeit. Gegenwärtige Situation und gesetzlicher Rahmen und Entwicklungen (17.3563):

Das Postulat verlangt einen Bericht zur Situation der Temporär- und Leiharbeit. Die Temporärarbeit, resp. der Personalverleih hat in den letzten zwei Jahrzehnten deutlich an Bedeutung gewonnen. Einerseits dient sie so als konjunktureller Puffer und kann arbeitslosen Personen oder Ausbildungsabgänger als Integrationshilfe in den Arbeitsmarkt dienen. Andererseits zählt sie aber zu den prekären Arbeitsformen und erhöht die Unsicherheit der Arbeitnehmenden. Ein Bericht zur Situation der Temporär- und Leiharbeit unter Berücksichtigung der kantonalen Unterschiede scheint insbesondere aufgrund der starken Zunahme der letzten Jahre und der politischen Diskussionen zur weiteren Regulierung der Temporärarbeit in einigen Nachbarländern als angebracht.

→ Travail.Suisse empfiehlt dieses Postulat zur Annahme.

Donnerstag, 20. Juni 2019 (gemeinsame Behandlung mit 19.3010)

Mo. WBK-NR. Impulsprogramm zur Verbreitung innovativer Digitalisierungsprojekte im Bildungsbereich (19.3009): Im Bildungsbereich werden an verschiedensten Orten innovative Digitalisierungsprojekte entwickelt und umgesetzt. Die Berufsbildung ist bestrebt, über „digitalinform.suisse“ eine Plattform zu Verfügung zu stellen, um den Austausch, die Weiterverbreitung und Weiterentwicklung der Innovationen zu ermöglichen. Die Motion der WBK-N zielt darauf ab, eine solche Plattform auch für die anderen Bildungsbereiche und über die Sprachgrenzen hinweg aufzubauen und einzurichten. Aus Sicht von Travail.Suisse macht eine solche Plattform Sinn, insbesondere dann, wenn über die Plattform auch die pädagogischen Erfahrungen ausgetauscht werden.

→ Travail.Suisse empfiehlt die Motion zur Annahme.

Mo. WBK-NR. Massnahmen zur Verringerung der sozialen Selektivität (19.3418): Die Schweiz verfügt über ein überaus differenziertes Bildungssystem auf der Sekundarstufe II und dem Tertiärbereich. In einem solchen System bedeutet Chancengerechtigkeit für Jugendliche und junge Erwachsene, dass der Zugang nicht durch ihre soziale Herkunft, sondern entsprechend ihren Talenten erfolgt. Leider ist die Schweiz weit davon entfernt.

→ Travail.Suisse empfiehlt die Motion zur Annahme.

Donnerstag, 20. Juni 2019 (identische Motion am 14. Juni 2019 im Ständerat)

Mo. WAK-S. Zusatzverhandlungen zum institutionellen Abkommen mit der EU (19.3420): Das institutionelle Abkommen in der jetzt vorliegenden Form schwächt die flankierenden Massnahmen und verunmöglicht deren eigenständige Weiterentwicklung. Travail.Suisse hat sich mehrmals klar geäussert ein solches Rahmenabkommen nicht mittragen zu können – letztmals in der Konsultation des Bundesrates. Die vorliegende Motion verlangt vom Bundesrat Zusatzverhandlungen im Bereich der Sicherung der flankierenden Massnahmen, der Unionsbürgerrichtlinie und der staatlichen Beihilfen.

→ Travail.Suisse empfiehlt die Motion zur Annahme.

Freitag, 21. Juni 2019

Pa. Iv. Bulliard. Pflegende Angehörige sollen in jedem Fall von anerkannter Hilflosigkeit ein Anrecht auf Betreuungsgutschriften haben (15.424): Jede Person, die Verwandte mit einer anerkannten Hilflosigkeit betreut, soll Anspruch auf Betreuungsgutschriften haben, wie dies die AHV/IV vorsieht. Die heutigen Kriterien (Hilflosigkeitsgrad, Wartefrist, Kilometerdistanz vom Wohnort oder erforderliche Wegzeit zum betreuten Angehörigen) sind überholt. Der vom Bundesrat im Juni 2018 in die Vernehmlassung geschickte Gesetzesentwurf (die entsprechende Botschaft ist noch immer ausstehend) sah nur vor, den Hilflosigkeitsgrad anzupassen. Allerdings haben Untersuchungen gezeigt, dass betreuende Angehörige wegen der Wartefrist häufig in eine wirtschaftlich schwierige Situation geraten. Ausserdem leben Familienmitglieder wegen der grösseren Mobilität heutzutage nicht mehr unbedingt in derselben Region, sodass betreuende Angehörige häufig «Distance Care Giving» machen, was viel Zeit und Energie erfordert.

→ Travail.Suisse empfiehlt diese parlamentarische Initiative zur Annahme.

Ständerat

Mittwoch, 5. Juni 2019 (am 12. Juni 2019 im Nationalrat, Differenzen)

Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen. Totalrevision (17.019): Das öffentliche Beschaffungswesen hat eine hohe volkswirtschaftliche Bedeutung. Insbesondere ist es auch ein Instrument zur Beeinflussung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen mit entsprechenden Auswirkungen auf den Schweizer Arbeitsmarkt. Es ist dabei äusserst wichtig, dass das öffentliche Beschaffungswesen eine Vorbildfunktion für den Schutz der Löhne und Arbeitsbedingungen und die Lohngleichheit von Frau und Mann einnimmt. In der Differenzbereinigung kommt den folgenden Artikeln des Gesetzes entscheidende Bedeutung zu. Einerseits ist die vom Nationalrat gewollte Ausnahme der Organisationen der Arbeitswelt von diesem Gesetz beizubehalten. Dies ist sinnvoll, hat sich doch die bisherige Struktur inklusive Unterstellung unter das Subventionsgesetz und Organisation auf kantonaler Ebene unter Berücksichtigung der regionalen Begebenheiten bewährt und effiziente Ergebnisse gebracht.

- Dazu ist in Art. 10.1 e der Kommission zu folgen und am Entscheid des Nationalrates festzuhalten. Andererseits ist die Verankerung des Leistungsortprinzips entscheidend für die Verhinderung von Unterbietungen der Löhne und Arbeitsbedingungen im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens.
- Dazu ist in Art. 12.1 der Minderheit zu folgen und am Entscheid des Nationalrates festzuhalten.

Mittwoch, 12. Juni 2019

Bundesgesetz über die Beiträge an die Kosten der Kantone für die Kontrolle der Einhaltung der Stellenmeldepflicht (19.024): Mit der Einführung der Stellenmeldepflicht sollen die Chance von bisher auf dem Arbeitsmarkt diskriminierten Personengruppen verbessert werden. Damit kommt der Stellenmeldepflicht eine gesamtschweizerische Bedeutung zu in Bezug auf die Ausschöpfung des Fachkräftepotenzials und der Akzeptanz der Personenfreizügigkeit. Die Umsetzung bleibt aber Aufgabe der Kantone womit diese auch angemessene Kontrollen sicherzustellen haben. Das Bundesgesetz soll die Grundlagen schaffen, damit sich der Bund an den Kontrollkosten der Kantone beteiligen kann. Travail.Suisse begrüsst eine Beteiligung des Bundes an den Kontrollkosten der Kantone.

- Travail.Suisse empfiehlt dieses Gesetz zur Annahme.

Donnerstag, 13. Juni 2019

Geschäft des Bundesrates. Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten (18.050): Der Bundesrat schlägt vor, den Abzug für die Kinderdrittbetreuungskosten bei der direkten Bundessteuer auf 25'000 Franken pro Jahr zu erhöhen und den abzugsfähigen Betrag pro Kind unter 18, in Ausbildung oder im Studium von 6500 auf 10'000 Franken anzuheben. Es ist jedoch bekannt, dass die Kosten für einen Krippenplatz, die alleine von den Eltern getragen werden, im internationalen Vergleich sehr hoch sind. Travail.Suisse ist der Ansicht, dass sich die Familienpolitik nicht nur auf Steuerabzüge beschränken darf, weil davon insbesondere die hohen Einkommen profitieren. Für Travail.Suisse sind und bleiben eine stärkere Finanzierung der familienergänzenden Betreuung durch die öffentliche Hand und die Erhöhung der Familienzulagen prioritär. Falls es Steuerabzüge geben sollte, müssen diese durch andere steuerliche Massnahmen bei Haushalten mit einem guten Einkommen, mit oder ohne Kind, kompensiert werden, damit die künftigen Steuereinsparungen (rund 10 Millionen Franken) effektiv ausgeglichen werden – ohne auf einen allfälligen (noch zu beweisenden) Effekt einer zunehmenden Beteiligung der Arbeitnehmerinnen am Arbeitsmarkt zu warten.

- Travail.Suisse spricht sich für die Erhöhung des Abzugs für die Kinderdrittbetreuung und des abzugsfähigen Betrags für jedes minderjährige Kind aus, jedoch in Kombination mit neuen steuerlichen Ausgleichsmassnahmen für hohe Einkommen.

Bestand des Bundespersonals auf dem Stand von 2015 einfrieren. Bericht des Bundesrates zur Abschreibung der Motion 15.3494 (FK-SR) (18.032): Die Motion sieht vor, den Bestand des Bundespersonals bei 35 000 Vollzeitstellen einzufrieren. Der Ständerat hat die Motion abgeschrieben, aber der Nationalrat weist diese Abschreibung zurück. Auch wenn sich der Bestand seit 2015 nicht erhöht hat, ist diese Motion absurd, weil sie jeglicher Aufgabenentwicklung widerspricht. Für das Personal führt dies zu einer wesentlich grösseren Arbeitsbelastung, was inakzeptabel ist.

→ Travail.Suisse empfiehlt die Abschreibung dieser Motion.

Mo. FK. Personalausgaben der Bundesverwaltung mittels Digitalisierung und Effizienzgewinnen im Griff behalten (18.4090): Die Motion verlangt, Massnahmen zu ergreifen mit dem Ziel, dass die Personalausgaben der Bundesverwaltung den Stand gemäss Voranschlag 2019 nicht überschreiten. Die Aufgaben des Bundes sollen jährlich überprüft werden. Die Ausgaben könnten ohne Angabe einer zeitlichen Befristung nicht mehr mit der Aufgaben- und Teuerungsentwicklung Schritt halten. Das einzige Instrument, um die Ausgaben zu kontrollieren, wären also Sparmassnahmen. Zwar entstehen mit der Digitalisierung Effizienzgewinne, aber sie führt auch zu einem Mehrbedarf an personellen Ressourcen. Der Anteil des Personalaufwands am Gesamtaufwand des Bundes ist in den letzten zehn Jahren gleichgeblieben. Eine zeitlich unbeschränkte Plafonierung der Personalausgaben ist zu starr und würde zu einer starken Demotivierung führen. Der Bundesrat und die Finanzkommission des Ständerates empfehlen die Motion zur Ablehnung.

→ Travail.Suisse empfiehlt die Ablehnung dieser Motion.

Freitag, 14. Juni 2019

Mo. Regazzi. Zemis-Datenbank. Verbesserte Kontrollen dank Fehlerbehebung (18.3758): Die Motion verlangt eine Verbesserung der Datenbank Zemis um eine effektivere und effizientere Umsetzung der flankierenden Massnahmen zu erreichen. Die Motion verlangt insbesondere die Mehrfacheingaben von Unternehmen und die Fehleingaben bezüglich der Branchen zu optimieren werden. Die flankierenden Massnahmen sind elementar zum Schutz der Löhne und Arbeitsbedingungen in der Schweiz. Eine ständige Optimierung und Anpassung derselben ist unerlässlich, um das Instrument effektiv und effizient zu halten. Die Schwachstellen bei der Datenerhebung sind evident und eine Optimierung dringend notwendig.

→ Travail.Suisse empfiehlt diese Motion zur Annahme.

Freitag, 14. Juni 2019 (identische Motion am 20. Juni 2019 im Nationalrat)

Mo. WAK-S. Zusatzverhandlungen zum institutionellen Abkommen mit der EU (19.3416): Das institutionelle Abkommen in der jetzt vorliegenden Form schwächt die flankierenden Massnahmen und verunmöglicht deren eigenständige Weiterentwicklung. Travail.Suisse hat sich mehrmals klar geäussert ein solches Rahmenabkommen nicht mittragen zu können – letztmals in der Konsultation des Bundesrates. Die vorliegende Motion verlangt vom Bundesrat Zusatzverhandlungen im Bereich der Sicherung der flankierenden Massnahmen, der Unionsbürgerrichtlinie und der staatlichen Beihilfen.

→ Travail.Suisse empfiehlt diese Motion zur Annahme.

Montag, 17. Juni 2019

Mo. Vonlanthen. Weiterbildungsfonds auf Branchenebene (18.3933): Weiterbildungsfonds auf Branchenebene können ein wichtiges Instrument zur Bewältigung der anstehenden Herausforderungen durch digitale Transformation und demografische Entwicklungen werden. Ihr Potential ist allerdings noch nicht voll ausgenutzt. Die Motion zielt darauf ab, dass der Bund die Weiterbildungsfonds so unterstützt, dass sie ihre wichtige Funktion bei der Bewältigung der Veränderungen besser wahrnehmen können. Aus Sicht von Travail.Suisse ist dies ein vielversprechender Ansatz, der unbedingt verfolgt werden soll, auch deshalb, weil Weiterbildungsfonds auf branchen- und arbeitsmarktspezifische Erwartungen optimal reagieren können. Die Ablehnung der Motion durch den Bundesrat mit der Begründung, dass das heutige Berufsbildungsgesetz (vgl. Art. 60) die Voraussetzungen für neue Berufsbildungsfonds bereits geschaffen habe, ist zwar korrekt, zielt aber an der Motion vorbei. Es geht nicht um die Schaffung, sondern um die finanzielle Unterstützung der Fonds in Bezug auf die Bildung bestimmter Zielgruppen (z.B. ältere Arbeitnehmende) oder im Zusammenhang mit bestimmten Bildungsthemen (z.B. Digitalisierung).

→ Travail.Suisse empfiehlt die Motion zur Annahme.

Mo. Bruderer. Keine Ausgrenzung der IV-Stellensuchenden beim Inländervorrang (Umsetzung MEI), (19.3239): Die Motion verlangt bei der Stellenmeldepflicht und deren Umsetzung durch die RAV die Stellensuchenden der Invalidenversicherung ebenfalls zu berücksichtigen. Travail.Suisse sieht bei Menschen mit Beeinträchtigungen aus Krankheit, Unfall oder Behinderung ein Fachkräftepotential, das noch nicht ausreichend ausgeschöpft wird. Diese Menschen wollen arbeiten und ihren Beitrag leisten. Ein inklusives Arbeitsumfeld und die Unterstützung durch die RAV sind dafür nötig. Travail.Suisse hat untersucht wie mit Gesamtarbeitsverträgen die Integration gefördert werden kann und engagieren sich mit den Mitgliedsverbänden in diese Richtung. Die Sozialpartner haben in vielen Branchen adäquate Lösungen eingeführt. Die Erklärung der Nationalen Konferenz zur Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Behinderung hat Travail.Suisse ebenfalls unterzeichnet und unterstützt deshalb die Forderung mit dem Ziel, dass die über die IV gemeldeten Personen einen gleichberechtigten Zugang zu den Eingliederungsmassnahmen und Vermittlungsangebote haben.

→ Travail.Suisse empfiehlt diese Motion zur Annahme.

Po. Zanetti. Seco-Stressmonitoring aktualisieren (19.3227): Dieses Postulat verlangt die Ausarbeitung einer Studie zum Thema Stress mit aktuellen Daten. Das SECO hat in den Jahren 2000 und 2010 je eine gross angelegte Stressstudie publiziert. Dabei hat sich eine Zunahme des Stresses um rund 30 Prozent gezeigt und die volkswirtschaftlichen Kosten des Stresses im gleichen Zeitraum sind von rund 4 Milliarden auf rund 10 Milliarden Franken gestiegen. Aus dem Barometer Gute Arbeit von Travail.Suisse ist bekannt, dass rund 40 Prozent der Arbeitnehmenden durch ihre Arbeit oft oder sehr häufig gestresst sind, wobei sich in den letzten Jahren in der Tendenz der Anteil der sehr häufig Gestressten erhöht hat. Ein regelmässiges Stressmonitoring ist wünschenswert um einerseits Veränderungen durch den wirtschaftlichen Strukturwandel infolge der Digitalisierung frühzeitig wahrzunehmen und andererseits den Gesundheitsschutz für die Arbeitnehmenden sicherzustellen und über eine Basis für die politischen Diskussionen zu einer zunehmenden Flexibilisierung in der Arbeitswelt zu verfügen.

→ Travail.Suisse empfiehlt dieses Postulat zur Annahme.

Donnerstag, 20. Juni 2019

Volksinitiative. Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub - zum Nutzen der ganzen Familie (18.052) und Pa.Iv. SGK-S. Indirekter Gegenentwurf zur Vaterschaftsurlaubs-Initiative (18.441) und Pa.Iv. Caroni. Pa.Iv. Caroni. Vaterschaftsurlaub. Do it yourself! (18.444): Travail.Suisse, der unabhängige Dachverband der Arbeitnehmenden, hat im Mai 2016 gemeinsam mit den Dachverbänden der Männerorganisationen (männer.ch), der Frauenorganisationen (Alliance F) und der Familienorganisationen (Pro Familia Schweiz) die Vaterschaftsurlaubs-Initiative lanciert (18.052). Die Schweiz ist das einzige Land in Europa, das keinen gesetzlichen Vaterschaftsurlaub hat. Aber auch die Väter in der Schweiz wollen aktiv am Start ins Familienleben teilnehmen. Deshalb fordert die Vaterschaftsurlaubs-Initiative 20 Tage bezahlten Vaterschaftsurlaub, die flexibel innert dem ersten Lebensjahr des Kindes zu beziehen sind. Die Volksinitiative ist als Kompromiss zwischen den Gegnern eines Vaterschaftsurlaub und den Befürwortern einer Elternzeit entstanden.

Der Gegenentwurf zur Initiative (18.441) verlangt die Hälfte – also 10 Tage, die innert einem halben Jahr nach Geburt zu beziehen sind – und hat im Gegensatz zur Initiative praktisch keine nachhaltige Auswirkung auf die Bindung zwischen Vater und Kind oder auf die Gleichstellung zwischen Mann und Frau. Sie ist deshalb abzulehnen.

Die Parlamentarische Initiative Caroni (18.444) unterstützt Travail.Suisse nur, wenn sie zusätzlich zu einem gesetzlichen Vaterschaftsurlaub umgesetzt wird und auch für Arbeitnehmerinnen gilt. Arbeitnehmende sollen das Recht erhalten, ihre gesetzlichen Ferien innerhalb eines bestimmten Zeitraumes um die Geburt eines Kindes beziehen zu können.

- Travail.Suisse empfiehlt die Vaterschaftsurlaubs-Initiative zur Annahme.
- Travail.Suisse empfiehlt den Gegenentwurf zur Initiative zur Ablehnung.
- Travail.Suisse empfiehlt die Parlamentarische Initiative Caroni als Zusatz zu einem gesetzlichen Vaterschaftsurlaub anzunehmen.